

# Ein Bankrott der USA wäre ein „Horrorszenario“

Handelskammer-Generaldirektor Carlo Thelen sieht die wachsende Staatsverschuldung mit Sorge: „Das birgt eine große Gefahr, auch für Luxemburg“

Von Marco Meng

Handelskammer-Generaldirektor Carlo Thelen sieht die Vorgänge mit Sorge. „Das birgt eine große Gefahr, auch für Luxemburg.“ Die USA sind nicht nur Wirtschafts- nation Nummer 1, der Dollar ist auch die wichtigste Währung im Welthandel. „Ich hoffe deshalb auf Vernunft bei den Beteiligten, und dass man dort bald zu einer Einigung findet. Aber alles ist möglich – deswegen sind die Märkte aktuell auch sehr nervös.“ Es ist bereits festzustellen, dass Investoren in andere Währungen und Gold flüchten.

Ein Zahlungsausfall der USA würde Schockwelle auf Börsen und Finanzmärkte auslösen, mit Kettenreaktionen überall in der Wirtschaft. Eine Rezession in den USA wären die Folge. Und vor allem die für Luxemburg wichtige Fondsindustrie bekäme das zu spüren. Über seine Investmentfondsbranche ist das Land der weltweit fünfgrößte Halter von US-Staatsanleihen.

Worum geht es?

Die Staatsverschuldung – die gesamte ausstehende Verschuldung der US-Regierung – setzt sich zusammen aus den Schulden gegenüber der Öffentlichkeit, etwa durch Anleihen, sowie den Schulden gegenüber der eigenen Administration, zum Beispiel der Sozialversicherung. Die Verschuldung ist seit den 2000er-Jahren stark angestiegen und ging mit der Pandemie ab Anfang 2020 erneut rapide nach oben. Sie beläuft sich inzwischen auf etwa 31,4 Billionen Dollar – und hat damit die Grenze des vom Kongress beschlossenen Kreditaufnahmelimits erreicht. Ohne eine höhere Grenze für staatliche Kredite droht den USA ein Staatsbankrott – das größte Risiko in Joe Bidens Amtszeit ein Jahr vor den Wahlen.

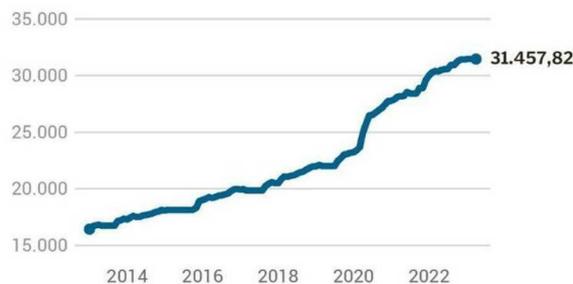


Carlo Thelen Foto: Anouk Antony

Der republikanische Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy: die Verhandlungen gehen weiter. Foto: AFP

## Explodierende Verschuldung

Im April 2023 betrug die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten rund 31,457 Billionen US-Dollar, rund eine Billion mehr als ein Jahr zuvor. Die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten ist seit dem Jahr 2000 rapide angestiegen und war im Jahr 2022 mehr als fünfmal so hoch wie im Jahr 2000.



Angaben: in Milliarden US-Dollar

Quelle: US Department of the Treasury

US-Finanzministerin Janet Yellen greift derzeit auf „außergewöhnliche Maßnahmen“ zurück, um die Schulden der USA zu bedienen, weil keine neuen aufgenommen werden können. Am 1. Juni, nächsten Donnerstag, werden laut Yellen die letzten Notreserven aufgebraucht sein, so dass den USA erstmals in ihrer Geschichte ein Zahlungsausfall droht.

Laut Verfassung darf nur der Kongress die Schuldenobergrenze anheben. Wegen knapper Mehrheiten und des Präsidentschaftswahlkampfes offenbart die Kreditaufnahme deutlich den Konflikt zwischen Demokraten und Republikanern. Präsident Biden ist auf die Kooperation der Republikaner angewiesen: im Repräsentantenhaus, eine von zwei Kammern des US-Kongresses, haben die Republikaner die Mehrheit.

Was wären die Folgen?

Ein Zahlungsausfall, so Thelen, wird unmittelbar die Konjunktur erschüttern – die angesichts geopolitischer Spannungen ohnehin sehr labil ist. Im Fall eines länger anhaltenden Staatsbankrotts könnten in den USA Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Schon ein kurzer Zahlungsausfall würde großen Schaden anrichten, heißt es in einer Analyse des Weißen Hauses.

Neil Bradley von der US-Handelskammer schreibt: „Die US-Wirtschaft und das globale Finanzsystem beruhen alle auf der Vorstellung, dass die US-Regierung – im Gegensatz zu anderen Ländern der Welt – ihre Rechnungen immer bezahlt. Investitionen in US-Schulden gelten als risikofrei.“ Bei einem Zahlungsausfall wäre die US-Regierung kein verlässlicher Kreditnehmer, die Zinssätze würden steigen.“

Die Rolle des Dollars als globale Reservewährung wäre infrage gestellt, und China würde versuchen, einen Staatsbankrott der USA für sich zu nutzen, so Thelen. Der Dollar würde schwächer, der Euro stärker – mit der Folge, dass Produkte in Euro teurer werden, schlecht für den europäischen Export.

Wie wahrscheinlich ist eine Einigung?

Seit 1960 wurde die Schuldengrenze 78 Mal angehoben. Im Jahr 2011 wendeten die USA den Bankrott nur 72 Stunden vor dem „Datum X“ ab. Allerdings hat das die Bestnote der Bonitätseinstufung der Ratingagentur S&P gekostet, was die Kreditkosten für die USA über Jahre hinaus verteuert hat.

Handelskammer-Chef Thelen hofft, dass es kurz vor Schluss doch noch zu einer Einigung bei der Anhebung der Schuldengrenze kommt, und die USA nicht in einen Zahlungsausfall schlittern. Der Reputationsschaden würde ja nicht allein die Regierung Biden treffen, sondern den Dollar und die USA treffen. „Aber wir haben ja in den letzten Jahren gelernt – nichts ist unmöglich“, sagt Thelen.

Kommentar

## Schuldenstreit in Wahlkampfzeiten

Von Marco Meng

Seitdem die Schuldengrenze 1917 eingeführt wurde, wurde sie mehr als hundertmal erhöht. Derzeit ist die Obergrenze erreicht – wird sie aus Wahlkampfgründen nicht angehoben, kann der Staat Schulden nicht bezahlen, die der Kongress bereits genehmigt hat – und die Schuldenlast ist nicht zuletzt auch aufgrund der Steuergeschenke von Donald Trump angewachsen. Die Republikaner verlangen nun für ihre Zustimmung Kürzungen der Ausgaben. Einen Staatsbankrott herbeizuführen, um eigene Parteiziele zu erreichen, das können aber wohl auch sie nicht gut als patriotische Tat verkaufen.